



Demenz: Freie Plätze bei Seminar

Schulung Ziel ist, mehr Lebensqualität und Wohlbefinden für Angehörige von Menschen mit Demenz.

Region. Ist in Ihrem Umfeld direkt jemand von einer Demenz betroffen? Versorgen Sie jemanden mit dieser Erkrankung? Oder leben mit ihm zusammen? Wird das Zusammenleben zunehmend belastender? Dann gibt es Unterstützung, schreibt das Zentrum für psychische Gesundheit in Schwäbisch Hall. In Kooperation mit dem Netzwerk für Demenz Schwäbisch Hall bietet es nun auch am Standort Crailsheim die Schulung „Eduktion Demenz“ an. Für den Kurs sind noch freie Plätze verfügbar.

An der Fortbildung teilnehmen können Familienmitglieder, Partner, Freunde oder Nachbarn von demenzerkrankten Personen. In zehn Modulen zu je zwei Stunden vermittelt die Dozentin (Ergotherapeutin und Fachtherapeutin für Demenz mit langjähriger Erfahrung) grundlegende Informationen zum Krankheitsbild, dem Umgang mit schwierigen Situationen und der Bedeutung von Selbstfürsorge für die Pflegenden.

Das Ziel ist es, An- und Zugehörige zu entlasten und die Beziehung zum Betroffenen zu stärken. Für die sieben bis zehn Teilnehmenden gibt es neben dem Informationsteil auch einen gemeinsamen Austausch.

Die Schulung wurde 2006 von Prof. Dr. Sabine Engel entwickelt und ist das einzig wissenschaftlich evaluierte Schulungsprogramm in Deutschland. In Studien konnte nachgewiesen werden, dass sich bei Angehörigen Depressivität und Belastungsempfinden signifikant und langfristig reduzieren.

Info Die Kurse finden ab April jeweils donnerstags von 13 bis 15 Uhr in der Tagespflege Lebensraum in der Sophie-Scholl-Straße 18 in Crailsheim statt. Zur Anmeldung wenden Sie sich direkt an die Kursleiterin, Alexandra Ziegler, Telefon 0 71 34 / 75 24 04 oder per E-Mail an: a.ziegler@klinikum-weissenhof.de.



Ein Schlüsselbund liegt im Kühlschrank.

Das Klinikum Weißenhof hat sieben Standorte

Das Klinikum am Weissenhof ist ein psychiatrisches Krankenhaus mit sieben Fachkliniken. Mehr als 1850 voll- oder teilzeitbeschäftigte Mitarbeitende behandeln an den sieben Standorten Weinsberg, Heilbronn, Schwäbisch Hall, Künzelsau, Winnenden, Brackenheim und Ludwigsburg rund 33.000 Patienten.



Pferde waren für die Landwirte in der NS-Zeit wichtige Arbeitspartner. Aber später mussten die Tiere Kanonen ziehen statt Pflüge. Da auch die Bauernsöhne und Knechte in den Krieg ziehen mussten, war die Arbeit auf den Höfen kaum mehr zu bewältigen. Foto: Archiv

Erst wurden sie geachtet, dann vernachlässigt

Geschichte Der Historiker Thomas Schnabel spricht auf Einladung der Bauernschule Hohenlohe über „Die Landwirtschaft in Hohenlohe 1933–1945“. Von Monika Everling

Die Stimmung in der landwirtschaftlichen Bevölkerung ist ausgesprochen niedergedrückt: Diesen Satz stellt der Historiker Thomas Schnabel über seinen Vortrag „Die Landwirtschaft in Hohenlohe 1933–1945“, den er auf Einladung der Bauernschule Hohenlohe am Donnerstag im Neuensteiner Kulturbahnhof gehalten hat. Das Besondere an diesem Satz ist, dass er von den Nazis selbst geschrieben wurde. Er war ein internes Eingeständnis, dass die Agrarpolitik der NSDAP ein Misserfolg war.

Anfangs große Zustimmung

Dabei hatte die Situation bei der Machtübernahme der Nazis ganz anders ausgesehen: Die öffentliche Wertschätzung der Bauern stieg erheblich. In der „Blut- und Boden-Ideologie“ wurden die Bauern zum ersten Stand im Staat gemacht.

Hohenlohe gehörte 1932 zu den Hochburgen der Nationalsozialisten mit Spitzenwerten in Gerabronn und Öhringen. Der Stimmenanteil der NSDAP stieg von weniger als zwei Prozent bei der Reichstagswahl 1928 auf fast 60 Prozent 1933. Daneben bekam der ebenfalls deutschnationale Bauernbund etwas über 10 Prozent. Zusammen stimmten also mehr als drei Viertel der Wahlberechtigten in Hohenlohe für die Regierung Hitler.

Von der damals hohen Arbeitslosigkeit war die Landbevölkerung nicht betroffen. Im Oberamt Gerabronn waren mehr als 75 Prozent aller Erwerbstätigen in

Land- und Forstwirtschaft tätig. Die Landwirtschaft litt aber an Preisverfall bei gleichzeitig steigenden Kosten. Von 1924 bis 1932 hatten sich die Schulden der Höfe versechsfacht.

Deshalb wurde die Kanzlerschaft Hitlers in Hohenlohe begeistert begrüßt. Trotzdem hatten die Bauern kaum Parteimänner in der NSDAP. In der zweiten Jahreshälfte 1933 wurden einige Gesetze verabschiedet, die sich auf die Bauern auswirkten: Alle Erzeuger, Verarbeiter und Verkäufer von Lebensmitteln mussten Mitglied im „Reichsnährstand“ werden. Das Erbhofgesetz trennte die Landwirte in zwei Schichten: Behörden bestimmten, welche Höfe zu einerseits privilegierten, andererseits stark reglementierten Erbhöfen wurden. „Der Eigentümer des Erbhofs heißt Bauer. Bauer kann nur sein, wer deutscher Staatsbürger, deutscher oder stammesgleichen Blutes und ehrbar ist“, hieß es im Gesetz. Wer ehrbar war, bestimmten die Ortsbauernführer. Wer keinen Erbhof hatte, durfte sich nicht Bauer nennen, sondern Landwirt oder Ökonom.

Erbhof-Bauern sind die Elite

Wer also einen Erbhof hatte, gehörte zur Elite im Dorf. Allerdings durfte er den Hof nicht verkaufen, und der Hof konnte nur an Männer vererbt werden. Das stellte sich im Laufe des Krieges als großes Problem heraus: Wenn Söhne gefallen waren, ging der Hof an den Bruder des Bauern oder an deren Söhne. Dabei mussten die Frauen die Höfe maßgeb-



Thomas Schnabel, früherer Leiter des Hauses der Geschichte in Stuttgart, in Neuenstein.

lich führen, weil viele Männer an der Front waren. Bis 1937 waren im Jagstkreis, zu dem Hohenlohe zählte, knapp 9000 Erbhöfe eingetragen. Sie verfügten über etwa die Hälfte der landwirtschaftlich genutzten Fläche.

Die Nazis förderten die Landwirtschaft auch deshalb, weil die Menschen auf dem Land statistisch gesehen mehr Kinder bekamen. Und die waren wichtig, um Soldaten für kommende Kriege zu gewinnen. So profitierte die Landbevölkerung von erheblichen Steuerentlastungen: 86,5 Prozent der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe wurden steuerfrei.

Wie kam es dann zum Stimmungsumschwung? Im Lauf des Krieges waren die Landwirte immer mehr Problemen ausgesetzt.

Arbeitskräfte waren kaum zu gewinnen, weil in der Industrie höhere Löhne gezahlt wurden.

Millionen Pferde sterben

Zudem mussten die Bauern ihre Arbeitspferde für den Krieg abgeben. „Dass im Zweiten Weltkrieg auch Millionen Pferde umgekommen sind, weiß heute fast niemand mehr“, sagt Thomas Schnabel. Nur ein Prozent der Betriebe hatte damals landwirtschaftliche Maschinen. Ohne Pferde musste also alle Arbeit von Hand gemacht werden – oder vielleicht mit Ochsen. Diese Gesamtsituation überforderte vor allem die Frauen. Eine Folge davon war, dass die Geburtenrate auf dem Land erheblich sank – dabei war es ja Ziel der Nationalsozialisten gewesen, diese zu steigern.

Um dem Arbeitskräftemangel entgegenzuwirken, wurden etwa 12.000 ausländische Zwangsarbeiter in Hohenlohe auf Höfen eingesetzt. Entgegen dem Wunsch der Nazis kam es dabei häufig zu Freundschaften mit den Deutschen. Und nach dem Ende des Krieges gingen die Zwangsarbeiter natürlich so bald wie möglich in ihre Heimat zurück, und die Bauernhöfe standen wieder ohne Arbeitskräfte da.

Insgesamt sieht der Historiker Thomas Schnabel die zwölf Jahre nationalsozialistischer Agrarpolitik als „verheerend“ an. Seine Erläuterungen stoßen in Neuenstein auf großes Interesse: Der Kulturbahnhof ist mit etwa 100 Besuchenden proppenvoll. Viele Anwesende können Beispiele beisteuern und haben Fragen.

Seitenblicke

Norbert Acker zu Koalitionsverhandlungen, dem 1. Mai und erneuerbarer Energie



Verantwortung ernst nehmen

Endlich Bewegung in Stuttgart! Dass sich Grüne und CDU in Baden-Württemberg auf die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen geeinigt haben, ist nicht nur ein Erfolg für die Landespolitik, es ist auch ein wichtiges Signal für die Kommunen und die Landkreise. Eine stabile Landesregierung ist die Grundlage für verlässliche Entscheidungen: ob bei der Förderung des ländlichen Raums, der Verkehrsinfrastruktur oder der Unterstützung der Kommunen. Die vergangenen Wochen der Unsicherheit haben gezeigt, wie sehr die Landkreise auf klare Vorgaben aus der Landeshauptstadt angewiesen sind. Ob es um die Finanzierung von Schulen, den Ausbau der Digitalisierung oder die Unterstützung der lokalen Wirtschaft geht – ohne handlungsfähige Landesregierung stocken wichtige Prozesse. Dass nun Grüne und CDU den Weg für Gespräche freigemacht haben, zeigt, dass beide Seiten trotz aller Unterschiede die Verantwortung für das Land ernst nehmen. Und vor allem der Union sei eins ans Herz gelegt: Es hat doch schon sehr gut mit dem künftigen Koalitionspartner geklappt. Wieso also nicht einfach daran anknüpfen? Das wünschen sich auch im Landkreis Hall nicht wenige.

Es ist nicht mehr lange hin bis zum 1. Mai. Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter werden auch im Landkreis Hall wieder auf die Straße gehen, um ihre Forderungen in die Öffentlichkeit zu tragen. Da passt es ja wirklich, das jetzt herauskommt, dass es in der Union Überlegungen gibt, den Tag als Feiertag zu streichen. Das ist unfassbar! Man stelle sich den Aufschrei und den Shitstorm vor, wenn beispielsweise SPD oder Grüne einen kirchlichen Feiertag streichen wollten. Es kann nur eine Antwort geben: Finger weg vom 1. Mai! Das wird der Arbeitnehmerflügel der Union sicher auch so sehen.

Während die Bundespolitik offensichtlich den Ausbau der Erneuerbaren Energien ausbremsen will, ist der Landkreis Hall bei dem Thema weit vorne dabei. So berichtet es Landrat Gerhard Bauer im Umweltausschuss des Kreistags. Es zeigt sich einmal mehr: Wenn man es will, geht es auch. Autarkie bei der Stromversorgung ist in den heutigen Zeiten ein Pfund, mit dem sich wahrlich wuchern lässt. Man kann sich beim besten Willen nicht vorstellen, wer beispielsweise wirklich eins der versprochenen neuen Gaskraftwerke hier im Landkreis haben will. Wozu auch, rein rechnerisch wird hier schon ausreichend Energie nachhaltig produziert.

SO GEZÄHLT

67

Oberämter gab es von 1811 bis 1934 in Württemberg. Sie entsprachen etwa späteren Landkreisen. In der Region Hohenlohe hatten Oberämter ihren Sitz unter anderem in Hall, Gaildorf, Crailsheim, Gerabronn, Öhringen und Künzelsau.

Rathgeb und Breitzkreuz verhandeln Koalition mit

Stuttgart. Am Mittwoch haben die Koalitionsverhandlungen zwischen Bündnis 90/Die Grünen und der CDU begonnen. Zuvorderst soll es nicht um Posten, sondern ums Programm für Baden-Württemberg gehen, wie es heißt. Jede Partei schickt ein Fünfer-Team pro Arbeitsgruppe an den Start.

Aufseiten der CDU sind in Stuttgart die gewählten Landtagsabgeordneten Isabell Rathgeb (45, Wahlkreis Schwäbisch Hall) und Dr. Tim Breitzkreuz (31, Wahlkreis Hohenlohe) dabei. Darüber informieren die beiden auf ihren Social-Media-Kanälen. „Jetzt geht



es einfach ganz konkret in die Details“, so formuliert es Rathgeb, die in Stimpfach wohnt. Sie bringt ihre Expertise (unter anderem Fraktionsvorsitzende der CDU im Kreistag, Gemeinderätin, Betriebswirtin, Unternehmerin) im Team „Inneres, Kommunen, Bevölkerungsschutz“ ein.

Breitzkreuz, der im Untermüncheimer Teilort Übrigshausen zu Hause ist, verhandelt beim Thema Staatsmodernisierung mit. Er ist Vorsitzender der CDU im Landkreis Hall und war als Refe-



rent im Landesministerium der Justiz und für Migration sowie im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge tätig. „Was braucht unser Staat?“, fragt sich Breitzkreuz. „Wie wird er modern, effizient und handlungsfähig?“ Nicht nur auf diese Fragen werden in den kommenden Tagen Antworten gesucht. Beide Abgeordnete freuen sich, dass sie ausgewählt wurden. Rathgeb ist sich sicher: „Wir werden gute Lösungen gemeinsam fürs Land entwickeln.“ *Jens Sitarek*

Hohebuch Flohmarkt und Kinderbasar

Waldenburg. Die ländliche Heimvolkshochschule Hohebuch lädt für Sonntag, 26. April, ab 11 Uhr zu einem Flohmarkt sowie einem separaten Kinderbasar ein. Wer selbst an einem Stand gut erhaltenes anbieten möchte, kann noch einen Platz bieten. Wenige Restplätze sind noch verfügbar. Anmeldung unter 0 79 42 / 10 70 oder Mail info@hohebuch.de möglich.

Der Flohmarkt ist am 26. April geöffnet von 11 bis 16 Uhr, der Kinderbasar von 11 bis 13 Uhr.

Schulbus Das sagt die FDP zu Eigenanteilen

Landkreis. In der Freitag-Ausgabe haben wir über Schülerbeförderung und die Einführung von Eigenanteilen für Grundschüler berichtet. Darin kommen fünf von sechs Kreistagsfraktionen zu Wort. Jetzt hat die FDP ihre Position nachgeliefert: „Die Beförderung von Schülern wird vom Kreis sehr stark unterstützt. Die komplette Übernahme der anfallenden Kosten für Grundschüler ist nicht mehr leistbar. Ein Eigenanteil der Eltern muss deshalb leider eingefordert werden.“ *js*